

A1 Haushalt vom Kreisvorstand

Gremium: Vorstand GRÜNE Altona
Beschlussdatum: 03.09.2026
Tagesordnungspunkt: 3. Haushalt 2027

Antragstext

- 1 Link zum Haushalt in der Wolke:
- 2 <https://wolke.netzbegruenung.de/f/12520600520>

A3 Was passiert mit unseren Anträgen?

Antragsteller*in: Lars Boettger (LAG Planen Bauen Wohnen, zubenannte Person in der Fraktion für RISE)

Tagesordnungspunkt: 8. Anträge

Antragstext

- 3 Als basisdemokratische Partei sind Mitglieder eingeladen Anträge - auch und
4 gerade politische - in Mitgliederversammlungen wie dieser
5 Kreismitgliederversammlung (KMV) zu stellen. Dazu kann in den Stadtteilgruppen
6 und AGen beraten und entsprechend formuliert werden. Gelegentlich wird externe
7 Expertise zugezogen und gemeinsam ein Antrag entwickelt. Auch Menschen aus der
8 Fraktion oder dem Senat, aus Behörden oder Mitglieder von Initiativen können
9 daran mitarbeiten oder Anträge einbringen. Dies steht für alle Mitglieder des
10 Kresverbandes offen. Das gilt für die Bundes-, Landes- wie die hier in Altona
11 auf der Kreisebene.
- 12 Was wir als KMV tun können, um diese Arbeit nicht versanden zu lassen wäre ein
13 regelhafter Tagesordnungspunkt zum Bericht, was aus den Anträgen geworden ist
14 mit kleiner Debatte. Vielleicht 4 Wortbeiträge je 3 Min. Die Einbringung der
15 Berichte obliegt dem Vorstand.
- 16 Wir bitten also den Vorstand möglichst schon auf dieser, spätestens ab der
17 nächsten KMV dieses zur Regel zu machen und einen solchen Tagesordnungspunkt
18 ziemlich zu Beginn der Tagesordnung einzuführen.

Begründung

Wenn ein Antrag von der Versammlung angenommen wurde, ist das ein Erfolg für die Antragstellenden der auch mal gefeiert werden darf. Wenn dann einige Zeit später nochmal reflektiert wird und überlegt, was aus dem Antrag geworden ist, wird aus dem Glücksgefühl häufig ein bisschen Ernüchterung und vielleicht Frustration. Niemand erwartet, dass die Anträge innerhalb kurzer Zeit umgesetzt werden, wenn das entsprechend weitreichende Themen betrifft. Allerdings wäre eine Wertschätzung aller derjenigen, die Anträge schreiben ein kurzer regelhafter Bericht auf der KMV, um die Problemlage oder die Erfolge zu teilen. Daraus können bei Schwierigen Themen vielleicht auch neue Ideen entstehen, die entsprechende Ebenen mitnehmen könnten. Mindestens jedoch dient das der Einladung zur Mitarbeit und Einbringung der Mitglieder.

A6 Zusammenkommen - Plädoyer für einen starken Sozialstaat und Solidarität vor Ort in Altona

Gremium: Vorstand GRÜNE Altona
Beschlussdatum: 09.09.2026
Tagesordnungspunkt: 4. Leitantrag Soziales

Antragstext

Kurzfassung

Altona ist ein Bezirk der Vielfalt und der Solidarität. Mit diesem Antrag bekennen wir GRÜNE Altona uns ausdrücklich zu einem starken, sozialen Zusammenhalt in Altona. Doch dieser entsteht nicht von allein.

Zum einen braucht es einen starken, verlässlichen Sozialstaat: Die derzeitigen Krisen verlangen nicht nach weniger Staat, sondern nach mehr Staat, nach einem gut funktionierenden Staat. Diesen Staat gilt es solidarisch zu finanzieren, sodass starke Schulter mehr tragen. Gerade als Kreisverband in einem vergleichsweise wohlhabenden Bezirk sehen wir es als unsere besondere Verantwortung, dieses Prinzip ins Zentrum zu stellen.

Zum anderen braucht es mehr gemeinsame Räume der Begegnung vor Ort. Denn es gilt: Jeder Ort der Begegnung kann zum Ort des Ausschlusses werden wenn er nicht barrierefrei ist, wenn es Konsumzwang gibt, wenn es an Mehrsprachigkeit mangelt, wenn es ein als unsicher empfundener öffentlicher Raum ist. Ein solidarisches Altona muss deshalb beides tun: Begegnungsorte erhalten und schaffen sowie bestehende Ausschlüsse aktiv abbauen.

Zusammengenommen fordern wir: armutsfeste Infrastruktur, wohnortnahe Gesundheitsversorgung in allen Stadtteilen, konsequente Inklusion, Sozialleistungen, die wirklich ankommen, starke Kultur- und Teilhabeangebote, ein altersfreundliches und gewaltfreies Altona sowie eine sozialräumlich gedachte Stadtentwicklung. So machen wir Solidarität vor Ort in Altona konkret erfahrbar.

Solidarität als Fundament - ein starkes Altona für alle

Altona ist ein Bezirk der Vielfalt und der Solidarität – die [Altonaer Deklaration](#) bildet die Grundlage unseres offenen, solidarischen Miteinanders. Altona ist auch ein Bezirk der Gegensätze: Zwischen den Durchschnittseinkommen in Lurup (35.445 €) und Nienstedten (168.404 €) liegen Welten. Zu wenige Orte sind barrierefrei. Und auch in Altona erleben Menschen Diskriminierung u.a. aufgrund ihrer Religion, der Art wie sie lieben oder ihrer Herkunft.

Wir wollen ein Altona, in dem alle Menschen ein gutes Leben führen können, unabhängig davon, wo sie geboren wurden, wie viel Geld sie zur Verfügung haben, wen sie lieben, ob sie mit einer Behinderung leben, welches ihre geschlechtliche Identität ist, ob bzw. welche Religion sie ausüben. Diese Vision gerät ins Wanken – durch den aktuellen gesellschaftlichen Trend nach Rechts, durch die Folgen der Klimakrise wie Hitze, Dürre und Kälteeinbrüche und die wachsende ökonomische Ungleichheit. Wir in Altona wollen uns daher klar zu einem solidarischen Miteinander bekennen.

Wir alle sind ein Teil dieses bunten Bezirks und stolz auf seinen starken sozialen Zusammenhalt. Doch die gegenwärtige wirtschaftliche Krise macht die

42 Ungleichheiten spürbarer. Sie bedroht armutsbetroffene und armutsgefährdete
43 Menschen in ihrer Lebensgrundlage, Menschen, die die größte Last tragen und die
44 größten Sorgen haben. Gerade sie sind auf eine funktionierende öffentliche
45 Daseinsvorsorge und einen verlässlichen Sozialstaat angewiesen. Dieser ist kein
46 Luxus, sondern ein Grundpfeiler unserer Gesellschaft. Zentrale Leistungen wie
47 die Jugend- und die Eingliederungshilfe sind in völkerrechtlichen Verträgen wie
48 der UN-Kinderrechtskonvention und der UN-Behindertenrechtskonvention verankert.

49 Zugleich gilt: Der Sozialstaat muss modernisiert, digitalisiert und leichter
50 zugänglich werden. Die Lösung ist nicht weniger Staat, sondern mehr gut-
51 funktionierender Staat. Und der Staat, das sind wir alle. Wir alle profitieren
52 von einem gut funktionierenden Gemeinwesen und sind für sein Gelingen
53 mitverantwortlich - starke Schultern tragen mehr, schwache Schultern weniger,
54 jede*r nach eigenen Möglichkeiten. Dieser Grundsatz ist bislang viel zu selten
55 Realität. Dabei ist eine gerechte Finanzierung öffentlicher Infrastruktur und
56 sozialer Sicherheit keine bloße Geste, sondern die Voraussetzung für eine
57 stabile und demokratische Gesellschaft. Wir stellen daher das Prinzip der
58 Solidarität ins Zentrum der Sozialstaatsdebatte und füllen es lokal mit Leben.

59 Was uns dabei leitet: Ein Altona, in dem alle Menschen zusammen kommen und
60 sicher leben

61 Sozialer Zusammenhalt entsteht nicht von selbst, er braucht Strukturen,
62 gemeinsame Räume und Zeit. In Altona gibt es viele solcher Orte:
63 Stadtteilkulturzentren, Senior*innentreffs, Sportvereine, Bürger*innenvereine,
64 Straßenfeste wie die altonale, die offene Kinder- und Jugendarbeit,
65 Elternschulen und Eltern-Kind-Zentren. Diese Angebote sind ein Grundpfeiler der
66 solidarischen Stadtgesellschaft. Als altersfreundliche Stadt (Age Friendly City)
67 braucht Altona passgenaue Angebote für alle Lebensphasen – von der Krippe bis
68 ins hohe Alter. Freiwilliges Engagement ist dabei ein unverzichtbarer Kitt: Es
69 schafft Begegnung, stiftet Sinn und verdient gesellschaftliche Anerkennung.

70 Doch so wichtig diese Orte sind – jeder Ort der Begegnung kann zugleich zum Ort
71 des Ausschlusses werden, je nachdem, wie wir ihn gestalten.

72 Kultur und demokratische Teilhabe

73 Stadtteilkulturzentren sind Orte der Begegnung und gelebter Demokratie. Wir
74 wollen sie weiter stärken und die altonale als kulturstiftendes Stadtteilfest
75 erhalten, das den Zusammenhalt fördert. Wir bekennen in aller Deutlichkeit: Die
76 Förderung demokratischer Teilhabe ist kein Luxus, sondern eine Investition in
77 den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

78 Kinder, Jugend und Familien

79 Die offene Kinder- und Jugendarbeit (OKJA), Elternschulen und Eltern-Kind-
80 Zentren sind unverzichtbar und müssen abgesichert werden. Kostenlose
81 Sportangebote für alle Altersgruppen und sozialen Schichten wollen wir fördern.
82 Wir setzen uns gegen Kinderarmut und für Teilhabe und Bildungsgerechtigkeit ein.

83 Ein altersfreundliches Altona

84 Die Strategie zur altersfreundlichen Stadt (Age Friendly City) ist ein grünes
85 Erfolgsmodell, das wir weiterentwickeln wollen. Einsamkeit im Alter ist eine
86 soziale Herausforderung, der wir mit passgenauen, wohnortnahen Teilhabeangeboten

- 87 begegnen. Senior*innentreffs, Nachbarschaftshilfe und generationsübergreifende
88 Begegnungsorte sind dabei zentrale Bausteine.
- 89 Altona heißt geflüchtete Menschen willkommen
- 90 Wir heißen geflüchtete Menschen als selbstverständlichen Teil unserer
91 Stadtgesellschaft willkommen. Eine gut koordinierte Geflüchtetenversorgung
92 gehört zu unserem Verständnis von sozialem Zusammenhalt. Wir setzen uns für
93 bessere Unterbringungs- und Beratungskapazitäten ein, um geflüchteten Menschen
94 Perspektiven zu eröffnen, sich in unserer Mitte ein neues Leben aufzubauen.
- 95 Ein gewaltfreies Altona und Selbstbestimmung
- 96 Wir wollen ein gewaltfreies Altona und die Selbstbestimmung von Frauen und
97 queeren Personen. Das Programm StoP (Stadtteile ohne Partnergewalt) wollen wir
98 ausbauen und ein weiteres Projekt in Altona einrichten. Feministische
99 Jungenarbeit ist ein wichtiger Ansatz, den wir ebenso wie die feministische
100 Mädchenarbeit stärken wollen.
- 101 Freiwilliges Engagement stärken
- 102 Viele Menschen in Altona engagieren sich ehrenamtlich. Ihr Einsatz ist ein
103 fundamentaler Grundpfeiler unseres Gemeinwesens. Wir wollen Strukturen stärken ,
104 die Freiwillige unterstützen, vernetzen und ihren Einsatz würdigen.
- 105 Sozialraum und Klimaanpassung mitdenken
- 106 Das entstehende Science-City-Quartier muss auch sozialräumlich entwickelt werden
107 – als lebenswerter Ort für alle Menschen in Altona, nicht nur für Forschung und
108 Gewerbe. Bei der Planung und Gestaltung öffentlicher Räume muss zudem
109 Hitzeschutz konsequent mitgedacht werden.
- 110 Vor Ort anpacken: So stärken wir den sozialen Zusammenhalt in ganz Altona
- 111 Sozialer Zusammenhalt braucht passgenaue Antworten für die unterschiedlichen
112 Stadtteile unseres Bezirks. Unsere Forderungen tragen dieser Vielfalt Rechnung.
- 113 Armutsfeste Infrastruktur und Begegnungsorte
- 114 Wir wollen in allen Stadtteilen Begegnungsorte erhalten und neue schaffen, die
115 frei von Konsumzwang und unabhängig von der Kaufkraft zugänglich sind. Konkret
116 setzen wir uns dafür ein,
- 117 • das Bürgerhaus Bornheide dauerhaft zu sichern sowie La Cantina und
118 Osborn53 langfristig zu erhalten;
 - 119 • Beratungsangebote niedrigschwellig und wohnortnah auszugestalten;
 - 120 • die Tafel und ähnliche Einrichtungen der Grundversorgung strukturell
121 abzusichern – auch wenn ihre Notwendigkeit zugleich ein Armutszeugnis ist,
122 das wir politisch überwinden wollen;
 - 123 • eine auskömmliche Finanzierung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit (OKJA)
124 sicherzustellen.
- 125 Gesundheitsversorgung in allen Stadtteilen

126 Der niedrigschwellige Zugang zur Gesundheitsversorgung aller Menschen in Altona
127 bildet einen Eckpfeiler des sozialen Zusammenhalts. Konkret setzen wir uns dafür
128 ein,

- 129 • ein weiteres lokales Gesundheitszentrum in Altona zu schaffen;
- 130 • eine bessere notfallärztliche Versorgung im Hamburger Westen
131 sicherzustellen
- 132 • eine dringend benötigte Notfallambulanz im Osdorfer Born zu etablieren;
- 133 • Angebote wie MiMi (Mit Migranten für Migranten) zu stärken, deren
134 Gesundheitslots*innen Communities einbinden, die das reguläre
135 Versorgungssystem oft nicht erreicht;
- 136 • einen besseren Zugang zu niedrigschwelligen Impfangeboten zu schaffen –
137 etwa zur HPV-Prävention bei jungen Menschen oder zum Schutz vor
138 Lungenentzündungen bei älteren Menschen;
- 139 • Suchtberatung und aufsuchende Sozialarbeit in freier Trägerschaft zu
140 stärken.

141 Inklusion als Voraussetzung

142 Alle öffentlichen Einrichtungen, Veranstaltungen und Begegnungsräume sollen
143 barrierefrei gestaltet sein – baulich wie digital. Dazu gehören auch sichere
144 Zugangswege bei winterlichen Verhältnissen und die barrierefreie Erreichbarkeit
145 des Bezirksamts. Wir setzen uns für die Stärkung des Inklusionsbeirats ein, der
146 Betroffene systematisch in Entscheidungsprozesse einbezieht. Inklusion ist keine
147 Zusatzleistung, sondern Voraussetzung für echten sozialen Zusammenhalt. Konkret
148 setzen wir uns ein für,

- 149 • eine barrierefreie Nutzung des öffentlichen Personen-Nahverkehrs, wie wir
150 sie z. B. am S-Bahnhof Iserbrook und dem zukünftigen Bahnhof Altona am
151 Diebsteich fordern;
- 152 • mehr bezahlbaren barrierefreien Wohnraum zu schaffen durch die konsequente
153 Umsetzung von verbindlichen Quoten beim Wohnungsbau;
- 154 • einen inklusiven Zivil- und Katastrophenschutz. Denn im Ernstfall sind
155 Menschen mit besonderen Bedürfnissen besonders gefährdet.

156 Sozialleistungen, die ankommen

157 Sozialleistungen müssen für alle zugänglich sein. Zu oft scheitert (der Zugang)
158 das Stellen von Anträgen nicht am fehlenden Anspruch, sondern an bürokratischen

159 Hürden, unverständlicher Sprache oder fehlender digitaler Infrastruktur. Wir
160 fordern,

- 161 • dass möglichst alle Leistungen des Bezirksamts digital beantragbar sind;
- 162 • dass Formulare und Bescheide verständlich gestaltet werden;
- 163 • dass es dort, wo digitale Angebote allein nicht ausreichen, etwa für
164 ältere Menschen oder Menschen ohne Internetzugang, ergänzend persönliche
165 Anlaufstellen und Sozialberatung im Bezirk gibt;
- 166 • dass Bearbeitungszeiten reduziert werden.

167 Obdach- und Wohnungslosigkeit bis 2030 überwinden

168 Wir wollen Obdachlosigkeit überwinden. Deswegen setzen wir auf nachhaltige
169 Hilfsangebote statt Verdrängung. Auch den Geflüchteten in öffentlicher
170 Unterbringung wollen wir den Weg in die eigene Wohnung und damit ins eigene
171 Zuhause ermöglichen. Konkret setzen wir uns ein für:

- 172 • das Einrichten einer Koordinierungsstelle Obdach- und Wohnungslosigkeit,
173 die bestehende Hilfsangebote vernetzt und Lücken schließt;
- 174 • mehr Wohnungen für vordringlich Wohnungssuchende und den Ausbau
175 Ermöglichung von öffentlicher Unterbringung, insbesondere im Konzept "In
176 Zukunft Wohnen";
- 177 • Stärkung von Housing First und niedrigschwellige Hilfen;
- 178 • Straßensozialarbeit, die parteiisch mit und für ihre Klient*innen arbeiten
179 kann.

A7 Zweite Schienenelbquerung für die Mobilitätswende

Antragsteller*in: Benjamin Harders (KV Hamburg-Altona)

Tagesordnungspunkt: 8. Anträge

Antragstext

196 Wir setzen auf die Mobilitätswende und damit den Ausbau des Schienenverkehrs.
197 Eine attraktive und schnelle Bahn wird ab 2040 essentiell für die Mobilität in
198 der Metropolregion Hamburg. Hamburgs Hauptbahnhof ist oft lebensgefährlich
199 überlastet und soll wieder sicher und zuverlässig funktionieren. Zugleich muss
200 auch die Leistungsfähigkeit des Schienenverkehrs in den kommenden Jahren
201 ansteigen. Das klappt mit Redundanz und einer Entlastung der bestehenden
202 Schienenwege zusätzlich zu den bereits geplanten Maßnahmen wie am Hauptbahnhof
203 und an den Elbbrücken. Der nächste Schritt zur Untersuchung einer westlichen
204 Elbquerung für den Schienenverkehr ist die Berechnung des Nutzen-Kosten-Faktors
205 mit neuen Varianten und unter Berücksichtigung veränderter Rahmenbedingungen.
206 Die Landesmitgliederversammlung wird daher aufgefordert, den Landesvorstand zu
207 bitten, sich auf Landesebene dafür einzusetzen, die Prüfung einer westlichen
208 Elbquerung für den Schienenverkehr für den Beginn der 2040er Jahre gemeinsam mit
209 dem Bund voranzutreiben.

Begründung

Wir schreiben das Jahr 2026. Das Auto dominiert die Anbindung Hamburgs an die Metropolregion. Der Bund erweitert aus dem Sondervermögen für Klimaschutz die Kapazität von Autobahnen, während er beim Bahnverkehr mit der Instandsetzung noch nicht richtig hinterherkommt. Am Hauptbahnhof nehmen die Verspätungen zu. Züge fallen aus, fahren mit Verspätung ab, in umgekehrter Wagenreihung oder mit weniger Waggons. Einige Zugverbindungen gibt es nur noch ab Harburg, wodurch die Reisezeit ansteigt und das Autofahren im direkten Vergleich attraktiver wird. Am Hauptbahnhof sind die Gleise 13/14 hoffnungslos und immer wieder auch lebensgefährlich überlastet. Die Realisierung des angedachten S-Bahn-Tunnels zwischen Hauptbahnhof und Diebsteich (Verbindungsbahntlastungstunnel) ist nicht absehbar. Die Bahn erhöht zwar voraussichtlich zu Beginn der 2030er Jahre die Kapazität an den Elbbrücken, dies verbessert jedoch nicht die Kapazität des Hauptbahnhofs. Eine erste Studie vom 14.11.2024 zur Machbarkeit einer Westquerung der Elbe in Hamburg und deren Auswirkungen auf den Deutschlandtakt kam in 14 untersuchten Varianten auf Nutzen-Kostenfaktoren zwischen 0,62 (Variante B3) und -0,09 (Variante C4.2). Berechnet wurden sehr lange und entsprechend teure Tunnelbauwerke und der Verbindungsbahntlastungstunnel wurde als bereits realisiert angenommen. Ein Nutzen-Kostenfaktor > 1 könnte erreichbar sein, wenn der Nutzen aufgrund des fehlenden Verbindungsbahntlastungstunnels zur Entlastung des Hauptbahnhofs anwächst und wenn das Tunnelbauwerk weniger lang ausgeführt werden kann. Vorhandene Gleistrassen im Bereich Waltershof oder am Altenwerder Damm könnten genutzt und erweitert werden, wodurch der Tunnel kürzer wird und sich die Kosten reduzieren lassen. Es wird mit einem zweiten Bahntunnel nicht nur Redundanz erreicht, sondern auch eine erhebliche Verlagerung von der Straße auf die Schiene. Profitieren würde ein sehr großer Einzugsbereich im Umland von Hamburg, da derzeit die Fahrt durch den A7-Elbtunnel je nach Start und Ziel um den Faktor drei schneller ist, als die Fahrt mit der Bahn außen herum. Der Fokus der Nutzung des Tunnels sollte auf dem Nah- und Regionalverkehr liegen. Im Fall von Störungen hätten der Fernverkehr und Güterverkehr Ausweichmöglichkeiten. Bei gleichzeitigen Störungen an den Elbbrücken und am A7-Elbtunnel sowie Störungen im Bahnverkehr wird der Straßen- und Schienenverkehr in Hamburg bislang weitgehend lahmgelegt. Mit einer Planung sollte zügig begonnen werden, da die Umsetzung von Schienenprojekten lange dauert und der Bedarf an leistungsfähiger Schieneninfrastruktur in der Zukunft anwachsen wird.

Dieser Antrag wurde im Arbeitskreis Mobilität des Kreisverbands GRÜNE Altona erarbeitet.